

Wirtschaft und Politik

Nato-Bericht deckt Ungereimtheit in Kundus-Affäre auf

Die Opposition bringt zu Guttenbergs Rücktritt ins Spiel, wirft Kanzlerin Merkel "verschärfte Eskalationspolitik" vor und verlangt eine Regierungserklärung.

Rüdiger Scheidges Berlin Nach Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg gerät in der "Kundus-Affäre" um zwei bombardierte Tanklaster zunehmend auch die Bundesregierung unter Druck. Am Wochenende wurden Teile des Nato-Untersuchungsberichts publik, nach denen Kommandeur Oberst Wolfgang Klein nicht die beiden Tankwagen bombardieren lassen wollte, sondern in erster Linie die umstehenden Menschen, die er für Taliban hielt.

Das steht im Gegensatz zu Bekundungen der Regierung, wonach der Angriff den Tanklastwagen getroffen habe, da sie eine akute Gefährdung für das deutsche Camp dargestellt hätten. Neben der Frage nach einer heimlich "verschärften Einsatzstrategie", die die Opposition jetzt an die Regierung richtet, wirft dies die Frage auf, ob die Bundeswehr der Nato alle Dokumente für die Untersuchung übergeben hat oder Einfluss auf das befürchtete negative Untersuchungsergebnis nehmen wollte. Die Nato hat den Angriff "als schwer zu ergründen" bezeichnet.

Im Bericht der Nato heißt es: "Es ist schwer zu ergründen, warum der Fokus des PRT-Kommandeurs (Klein) auf die Taliban in dem Zielgebiet gerichtet war und nicht allein auf die gestohlenen Tanklaster, die doch wohl die größte Bedrohung waren für die Sicherheit der PRT-Kräfte."

Die Oppositionsparteien sind außer sich. An die Adresse zu Guttenbergs gerichtet, sagte Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin: "Er hat gelogen." Und SPD-Parteichef Sigmar Gabriel forderte: "Wenn Herr Jung zurücktreten musste, weil er die Öffentlichkeit nicht vollständig informiert hat, Herr zu Guttenberg aber offensichtlich das alles, was wir hier tagtäglich in den Zeitungen lesen, wusste, aber der Öffentlichkeit ebenfalls nicht gesagt hat, dann gilt für ihn die gleiche Messlatte."

Die Bundesregierung reagiert ausweichend auf die Vorwürfe. Von Bundeskanzlerin Angela Merkel fordern sie eine Regierungserklärung. Gabriel warf der Regierung vor, sie verstecke sich angesichts der "immer dramatischeren Informationen, die durch die Medien ans Licht der Öffentlichkeit kommen". Die Bundesregierung reagierte ausweichend. Sprecher Ulrich Wilhelm sagte: "Das Kanzleramt hat stets großen Wert darauf gelegt, dass der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des erteilten Mandates erfolgt." Hans-Peter Bartels (SPD) sagte: "Mit dem Geist der Bundestagsmandate für Afghanistan wären gezielte Tötungen unvereinbar."

Zu Guttenberg wies am Wochenende die Vorwürfe zurück, er habe Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und Staatssekretär Peter Wichert zu Unrecht entlassen. Mehrere Zeitungen hatten gemeldet, beide hätten zu Guttenberg am 25. November auf sämtliche vorliegenden Berichte und Untersuchungen hingewiesen. Der Minister jedoch beteuert: "Tatsache ist, dass mir relevante Dokumente vorenthalten wurden."

Nach Informationen des Handelsblatts wurde zu Guttenberg von zwei weiteren Eingeweihten aufgeklärt. Schneiderhans Stellvertreter, General Johann-Georg Dora, habe ihm am 6. November in einem langen Gespräch "alle Karten auf den Tisch gelegt": Details des Angriffs sowie "Optionen für Sprachregelungen" des Ministeriums erläutert. Zudem hatte Amtsvorgänger und Parteifreund Franz Josef Jung ihn ebenfalls "ausführlich" eingewiesen.

Scheidges, Rüdiger